



FIVV ASIEN-REPORT



Ausgabe 1 / 2025

FIVV-MIC-Mandat-Asien (WKIN: A0JELL)

1) Singapur und Malaysia einigen sich auf gemeinsame Sonderwirtschaftszone

Nach mehreren Jahren der Verhandlungen haben sich [Malaysia und Singapur auf die Einrichtung einer gemeinsamen Sonderwirtschaftszone](#) (SWZ) in ihrer Grenzregion geeinigt. Mit Steuerbefreiungen und verbesserter Infrastruktur soll die Johor-Singapore Special Economic Zone auf einem der verkehrsreichsten Landübergänge der Welt einen neuen wirtschaftlichen Wachstumsraum entwickeln. Trotz der Erwartungen bestehen Bedenken wegen der Unterschiede im Entwicklungsstand Malaysias und Singapurs. Auch ist abzuwarten, welche Auswirkungen die Einrichtung der SWZ auf andere Investitionsprojekte in der Region haben wird.

Die neue SWZ soll dem Modell der SWZ in der südchinesischen Stadt Shenzhen folgend Steuervergünstigungen bieten und den Waren- und Personenverkehr zwischen Johor und Singapur erleichtern. Der südmalaysische Bundesstaat Johor verfügt über reichlich Land und Ressourcen, die von Singapur für seine energiehungrigen Rechenzentren begehrt werden. Die multinationalen Unternehmen Singapurs hingegen verfügen über genügend Kapital und qualifizierte Arbeitskräfte und suchen nach Flächen außerhalb des teuren und vom Meer begrenzten Finanzzentrums Singapurs.

Experten warnen jedoch, dass ein Erfolg der SWZ auch von einer Angleichung der Ziele der beiden Länder und der [Verringerung ihres Entwicklungsgefälles abhängen wird](#). Johor Bahru, das Kernstück der SWZ, leidet unter einer mangelnden Vielfalt an Einnahmen, da die lokalen Unternehmen stark von den Wochenendausflügen wohlhabenderer Singapurer abhängen, die für die günstigen Lebensmittelgeschäfte und Friseursalons kommen.

Darüber hinaus muss noch abgewartet werden, ob die SWZ auch Investitionen von außerhalb Singapurs und Malaysias anziehen kann. Angesichts der in der Region bereits bestehenden vielen anderen SWZ ist die Konkurrenz um Investoren groß. So hat allein [Indonesien 24 SWZ ausgewiesen](#), welche zwischen den Jahren 2012 und 2024 256,7 Billionen Rupiah (15,7 Milliarden US-Dollar) erwirtschaftet und mehr als 150.000 Arbeitnehmer beschäftigt haben, wie Daten des indonesischen Wirtschaftsministeriums belegen. Sechs dieser Sonderwirtschaftszonen – mit den Schwerpunkten Flugzeugwartung, Gesundheitstourismus, Elektronik und digitale Wirtschaft – befinden sich auf den Riau-Inseln, die mit der Fähre weniger als eine Stunde von Singapur entfernt sind.

2) Huawei wieder unter den führenden Marken bei chinesischen Smartphone Verkäufen

Huawei Technologies Co. Ltd. erreichte im vergangenen Jahr den zweiten Platz im Ranking der Smartphoneverkäufe in China. Nach einem starken Rückgang der Verkaufszahlen im Jahr 2021, bedingt durch US-Sanktionen und die damit verbundene Benachteiligung bei Chip-Bestellungen, markiert dieser Aufstieg ein beeindruckendes Comeback des umstrittenen chinesischen Unternehmens.

46 Millionen Smartphones konnte Huawei im Jahr 2024

innerhalb Chinas ausliefern und sich damit einen Marktanteil von 16 Prozent sichern, wie ein Bericht der Analysten von Canalys zeigt. Huawei belegte damit den zweiten Platz, knapp hinter Vivo mit 17 Prozent und vor Apple, Oppo und Honor, deren Verkäufe jeweils 15 Prozent ausmachten.

Mit einer Wachstumsrate von 37 Prozent gegenüber dem Vorjahr war Huawei auch das am schnellsten wachsende Unternehmen auf dem chinesischen Smart-

phonemarkt – ein Erfolg, der 2021 noch undenkbar schien. Nach dem Einbruch der Verkaufszahlen zu Beginn der US-Sanktionen konnte sich Huawei durch die Übernahme von Marktanteilen anderer Hersteller und eine strategische Neuausrichtung wieder erholen.

Ein wesentlicher Faktor für Huaweis Rückkehr an die Spitze ist die erfolgreiche Entwicklung eigener Bauteile und Software-Lösungen, um die durch Sanktionen entstandenen Lücken zu schließen. Toby Zhu, Senior-Analyst bei Canalys, führt das Comeback von Huawei auf Innovationen wie selbst entwickelte Chips, faltbare Geräte und die Einführung des neuesten Betriebssystems HarmonyOS Next zurück.

Ursprünglich wurde HarmonyOS im Jahr 2019 als provisorische Antwort auf US-Sanktionen entwickelt, die Huawei von Google und dessen Android-Produkten ausschlossen. Inzwischen ist HarmonyOS Next eine eigenständige, unabhängig von Android entwickelte Alternative.

Auch insgesamt konnte der Smartphone-Markt in China in 2024 wieder zulegen. Laut Canalys stiegen die Smartphone-Auslieferungen um 4 Prozent auf 285 Millionen Geräte, was nach zwei Jahren des Rückgangs eine deutliche Erholung bedeutet. Diese positive Entwicklung war in allen vier Quartalen zu beobachten. Toby Zhu erklärt, dass das Wachstum sowohl im Massenmarkt als auch im High-End-Segment stattfand.

Für 2025 erwartet das Marktforschungsunternehmen Canalys weitere Zuwächse auf über 290 Millionen ausgelieferte Smartphones. Grund für diese Prognose seien die anhaltende Erholung der Nachfrage, gut funktionierende Vertriebskanäle, staatliche Subventionen sowie technologischen Fortschritte wie langlebigere Batterien und KI-basierte Anwendungen, erläutert Lucas Zhong, Analyst bei Canalys.

3) Analysten prognostizieren auch nach Bidens Blockade gegen Nippon Steel weiterhin japanische Investments in den USA

Trotz der vorerst vereitelten Übernahme von US Steel durch Nippon Steel dürften die japanischen Investitionen in den USA auch zukünftig solide bleiben, meinen Wirtschaftsanalysten aus beiden Ländern. Die USA werden für japanische Hersteller auch weiterhin einer der wichtigsten Märkte für ihre hochwertigen Produkte bleiben. Mit dem erwarteten Versuch des neuen Präsidenten Trump zur Rückverlagerung von Produktion in die USA dürften die Investitionen aus Japan in amerikanische Unternehmen sogar noch steigen, meinen Wirtschaftswissenschaftler aus Japan und aus den USA.

Der scheidende US-Präsident Biden hatte die Annahme des 14,9 Milliarden-Angebots von Nippon Steel für US Steel mit Verweis auf nationale Sicherheitsrisiken untersagt. Biden folgte damit der von unterschiedlichen Inte-

ressensgruppen in den USA gestellten Forderung, dass der amerikanische Stahlproduzent in amerikanischer Hand bleiben soll. „US Steel wird ein stolzes amerikanisches Unternehmen bleiben – ein Unternehmen, das sich in amerikanischem Besitz befindet, amerikanisch geleitet wird und von Mitgliedern der amerikanischen Stahlgewerkschaft betrieben wird – das beste der Welt“, sagte der US-Präsident in einer Erklärung zu seinem Veto.

Das Veto rief eine Welle der Kritik hervor. Der japanische Industrieminister Yoji Muto bezeichnete Bidens Entscheidung, den Verkauf zu blockieren, als „unverständlich und bedauerlich“. Ebenso sind die beteiligten Unternehmen vom Veto enttäuscht. US Steel – der zweitgrößte Stahlproduzent der USA – hatte argu-

mentiert, dass die Übernahme die nationale und wirtschaftliche Sicherheit der USA stärken würde, indem sie dazu beiträgt, die von China ausgehende Bedrohung im Wettbewerb zu bekämpfen. Das US-Unternehmen hat öffentlich davor gewarnt, dass es ohne die zugesagten Investitionen von fast 3 Mrd. USD seines japanischen Käufers wichtige Werke stilllegen müsse. Die Aktien von US Steel fielen in New York nach der Absage der Übernahme um 7 Prozent.

Dennoch sehen Analysten den Fall nicht als Beleg dafür, dass sich japanische Investitionen in den USA generell abschwächen würden. So sagte Yoichiro Sato, Professor für Asien-Pazifik-Studien an der japanischen Ritsumeikan Asia-Pacific University, dass ein einziger Fall von Ablehnung nicht zu einem allgemeinen Rückgang

japanischer Investitionen in den USA führen werde. Die meisten Investitionen hätten wenig mit der „nationalen Sicherheit“ zu tun und müssten auch nicht vom Ausschuss für Auslandsinvestitionen in den Vereinigten Staaten (CFIUS) geprüft werden.

Neben der engen Verflechtung japanischer Exporte mit dem amerikanischen Markt seien auch die Bemühungen der kommenden US-Regierung unter Donald Trump für eine Wiederansiedlung von Produktionsanlagen in den USA ein Grund für vermutlich sogar noch steigende japanische Investitionen, meinte Sato weiter. Bereits seit 2019 ist Japan die wichtigste Quelle für ausländische Investitionen in den USA, mit Gesamtzusagen von 783 Milliarden US-Dollar im Jahr 2023, gefolgt von Kanada mit 750 Milliarden US-Dollar.

4) Mögliche Sanktionen würden chinesischen Werften nicht schaden

Falls die USA unter der neuen Trump-Administration Sanktionen gegen chinesische Werften beschließen sollten, hätten diese nach Ansicht von Analysten und Insidern kaum Einfluss auf deren wirtschaftlichen Perspektiven.

Zwar würden die chinesischen Werften durch höhere Zölle ihren Preisvorteil gegenüber Werften außerhalb Chinas ganz oder teilweise verlieren. Eine solche Entwicklung würde den chinesischen Werften allerdings kaum schaden. So könnten kurzfristig zwar südkoreanische und japanische Werften von mehr Aufträgen profitieren, bei vollen Auftragsbüchern dann aber auch ihre Preise erhöhen.

Laut einem Bericht des Schifffahrtsdatenanbieters Clarksons Research erhielt China im Jahr 2024 satte 70 Prozent der weltweiten Neubaubestellungen, gefolgt von Südkorea mit nur 17 Prozent und Japan mit 5 Prozent. China ist seit mehr als einem Jahrzehnt der größte Schiffbauer der Welt und die US-amerikanischen Aufträge machen dabei nur einen geringen Teil aus.

Selbst wenn – wie von einigen US-amerikanischen Gewerkschaften gefordert – eine Gebühr von allen in China gebauten Schiffen erhoben würde, die beim Gütertransport in die USA amerikanische Häfen anlaufen, wären die Auswirkungen gering. Die Reedereien könnten in einem solchen Fall problemlos reagieren, indem sie Schiffe aus anderen Ländern für die Routen in die USA einsetzen und in China gebaute Schiffe auf andere Strecken verlagern.

Auch wenn die neue US-Regierung unter Präsident Trump versuchen könnte, durch Sanktion mehr Aufträge an Japan und Südkorea zu lenken, bleibt China ein unverzichtbarer Akteur im Schiffbau. Song Seng Wun, Wirtschaftsberater bei der in Singapur ansässigen Finanzdienstleistungsfirma CGS, erklärt: „Wir reden hier über sehr teure Seeschiffe. Wenn man nicht will, dass die Chinesen sie bauen, wer soll es dann tun? Natürlich gibt es koreanische und japanische Werften, aber die chinesischen Werften sind weit voraus. Sie sind zu schnell und kostengünstig“, so Song.

5) Chinesische Aktien in 2025: Zeit für eine Neubewertung?

Fünfzehn Jahre lang haben globale Benchmarks, allen voran die US-Indizes, besser abgeschnitten als chinesische Aktien. Deshalb werden letztere von internationalen Investoren auch stark untergewichtet bzw. gar nicht mehr berücksichtigt. Dabei spielt China nach wie vor eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaft und ist für die Gewinne sowohl US-amerikanischer als auch globaler multinationaler Unternehmen von großer Bedeutung. In der Vergangenheit waren extreme Aussagen wie "nicht investierbar" häufig ein guter Indikator für den Tiefpunkt einer Anlageklasse. So auch diesmal?

Bereits in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres fielen Änderungen im Tonfall chinesischer Regierungsvertreter auf und spätestens mit den fiskalpolitischen Ankündigungen der chinesischen Zentralbank im September war eine Neuausrichtung des politischen Kurses deutlich zu erkennen. Im Dezember schließlich bezeichnete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei die Geldpolitik des Landes als "moderat locker" und zum ersten Mal seit 2011 wurde das Wort "stabil" nicht mehr verwendet. Trotz einer kurzen, aber heftigen Rally am chinesischen Aktienmarkt blieben viele Investoren skeptisch und an der Seitenlinie. Der Schock der vergangenen Jahre und die Erfahrungen aus Null-COVID-Politik, Internetregulierung, Immobilienkrise und geopolitischen Spannungen saßen zu tief.

Konjunkturpaket 2024: Mehr als nur ein kurzfristiger Aufschwung?

Die chinesische Regierung hat während der Pandemie nur minimale Anreize geschaffen und selbst nach der Pandemie setzte China diesen fiskalischen Konservatismus fort. Mit 62 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bleibt die Staatsverschuldung auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und die PBOC hat reichlich Spielraum, ihren Lockerungszyklus fortzusetzen und die Mindestreserveanforderungen der Banken weiter zu senken.

Allerdings führt ein größeres Kapitalangebot nicht automatisch zu einer höheren Kapitalnachfrage. Das Kreditwachstum in China bleibt während des jüngsten Zins-

senkungszyklus schleppend und die Ursachen dafür sind klar: niedrige Immobilienpreise und der daraus resultierende negative Vermögenseffekt haben den Inlandsverbrauch belastet, da Immobilien einen übergroßen Teil des Vermögens eines durchschnittlichen Haushalts ausmachen. Die politischen Entscheidungsträger müssen daher weitaus mehr tun, um das Vertrauen der Verbraucher und Unternehmen wiederherzustellen. Die Konjunkturmaßnahmen von 2024 können in diesem Zusammenhang nur ein Anfang gewesen sein.

Die jüngsten Ankündigungen des Nationalen Volkskongresses (NVK) haben bei den internationalen Investoren derweil für Enttäuschung gesorgt. Vermutlich zu Unrecht, denn der NVK hat bekanntgegeben, sich mit künftigen Maßnahmen vor allem auf den Immobilienmarkt und die Finanzen der Lokalregierungen konzentrieren zu wollen. Die chinesische Regierung hat damit zwei Faktoren im Blick, die für die Belebung des Binnenkonsums von entscheidender Bedeutung sind. Ohne eine solide Finanzlage nämlich können sich die Kommunalverwaltungen kaum auf die Verbesserung der Geschäftsbedingungen in ihren Bezirken, die Einstellung von Mitarbeitern im öffentlichen Sektor und die Vergabe von Aufträgen an lokale Unternehmen konzentrieren. Gleichzeitig kehrt die Regierung den negativen Vermögenseffekt der Immobilien-Entschuldungskampagne um, indem sie die Immobilienpreise stützt. Die Einzelhandelsumsätze stagnieren noch, aber das Transaktionsvolumen und die Immobilienpreise erholen sich vielerorts bereits.

Mit diesen Anzeichen für eine Stabilisierung im Rücken könnte China 2025 auch mit strukturellen Reformen beginnen. Die außerordentlich hohe Sparquote des Landes ist das Ergebnis der Tatsache, dass die Menschen für ihre eigenen Alters- und Gesundheitskosten verantwortlich sind. Ein weiterer struktureller Faktor, der die Wirtschaft und das Konsumniveau Chinas belastet, ist das System der Haushaltsregistrierung (Hukou). Dieses System hält Wanderarbeiter davon ab, öffentliche Dienstleistungen in den Städten, in denen sie leben, in Anspruch zu nehmen.

Gesundheitsreform:

Die Regierung hat 2024 eine Anti-Korruptionskampagne im Gesundheitswesen erfolgreich abgeschlossen. Das war ein erster Schritt. Jetzt muss sie die Leistungen des öffentlichen Gesundheitssystems verbessern, um Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen im Rahmen ihrer Risikovorsorge zu entlasten und das Verbrauchervertrauen zu stärken.

Hukou-Reform:

Im aktuellen System ist es Wanderarbeitern in China verboten, öffentliche Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung in den Städten, in denen sie beschäftigt sind, in Anspruch zu nehmen, bis sie mindestens fünf Jahre in diesen Städten gelebt haben. Das führt dazu, dass viele ihre Familien in den Dörfern zurücklassen, damit ihre Kinder zur Schule gehen können. Und diejenigen, die medizinische Versorgung benötigen, müssen die Kosten für die Rückkehr in ihre Heimatorte tragen. Dort erhalten sie dann oft eine schlechtere Versorgung als in den Städten, in denen sie arbeiten.

Trump-Administration als zusätzlicher Treiber für chinesische Aktien?

Auch wenn es zunächst nicht so scheint – es gibt gute Gründe davon auszugehen, dass sich eine zweite Trump-Regierung positiv auf die Beziehungen zwischen den USA und China und damit auch auf den chinesischen Aktienmarkt auswirken wird. Trump hat Xi Jinping persönlich zur Amtseinführung eingeladen. Xi war zwar

nicht persönlich dabei, aber die Einladung ist ein klares Zeichen für Trumps Wunsch, Xi an den Verhandlungstisch zu bringen. Im Gegensatz dazu hatte die Biden-Regierung alle Zölle von Trump beibehalten, weitere Handelsbeschränkungen eingeführt und nur sehr wenige strategische Gespräche mit China geführt, um die angespannte Beziehung zu entschärfen.

Trumps versöhnlicher "Art of the Deal"-Ansatz gegenüber China ist rund um TikTok, der beliebten Social-Media-Plattform des in China ansässigen Technologieunternehmens Bytedance, aktuell ebenso zu beobachten, wie das künftig im Hinblick auf mögliche Zölle der Fall sein könnte. Als Geschäftsmann weiß Trump genau, dass Zölle keine langfristige Politik sind, sondern ein Verhandlungsinstrument. Das hat er auch schon bewiesen, als er die eingeführten Zölle nach Abschluss des "Phase-Eins"-Handelsabkommens im Jahr 2020 halbiert hat.

Vieles spricht somit dafür, dass die chinesischen Aktienmärkte ihren Aufwärtstrend in 2025 fortsetzen. Die chinesische Führung hat neuen Spielraum, um überfällige Strukturreformen anzugehen, und die Trump-Regierung wird nach zähen Verhandlungen einen "großen Deal" mit China anstreben. Sobald internationale Investoren ihre extremen Untergewichtungen verringern, werden chinesische Aktien schnell ein enormes Aufholpotenzial haben.

Aktuelle Fondsstruktur & Wertentwicklung

FIVV-MIC-Mandat-Asien

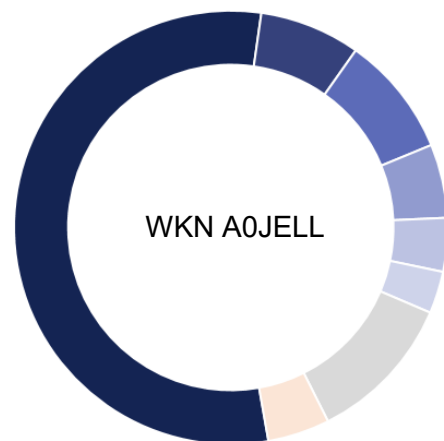
Stand: 31. Januar 2025



Kumulierte Wertentwicklung	
Berichtsjahr 2025	+0,6%
1 Jahr	+23,6%
3 Jahre	+0,1%
5 Jahre	+12,4%
10 Jahre	+34,0%

Kalenderjahre	
2024	+15,0%
2023	-0,3%
2022	-15,2%
2021	-4,2%
2020	+14,3%

12 Monatszeiträume	
01.02.24 - 31.01.25	+23,6%
01.02.23 - 31.01.24	-14,1%
01.02.22 - 31.01.23	-5,8%
01.02.21 - 31.01.22	-11,6%
01.02.20 - 31.01.21	+27,2%



- 55% China / Hong Kong
- 8% Australien
- 9% Japan
- 5% Südkorea
- 4% Indien
- 3% Taiwan
- 11% Sonstiges
- 5% Liquidität

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Die Ermittlung der Wertentwicklung der FIVV-MIC-Mandat-Fonds erfolgt nach der BVI-Methode (ohne Berücksichtigung von Ausgabeaufschlägen). Bei einem Anlagebetrag von EUR 1.000,00 über eine Anlageperiode von fünf Jahren und einem Ausgabeaufschlag von 4 Prozent (der bei Erwerb der Fondsanteile über die FIVV AG nicht anfällt), würde sich das Anlageergebnis im ersten Jahr um den Ausgabeaufschlag in Höhe von EUR 40,00 sowie um zusätzlich individuell anfallende Depotkosten vermindern. In den Folgejahren kann sich das Anlageergebnis zudem um individuell anfallende Depotkosten vermindern. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s).

Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden, dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.

Bildlizenzen: Adobe Stock

Herausgeber:



Herterichstraße 101
81477 München

Telefon: +49 89 374100-0
Fax: +49 089 374100-100
E-Mail: info@fivv.de
Internet: www.fivv.de